

Hartz-IV/Abbau der Arbeitslosigkeit: Was ist aus linker Perspektive zu tun?

Der Zusammenschluss von PDS und WASG, die Konstituierung DIE LINKE., ist das Resultat einer gesellschaftlichen Notwendigkeit, da das neoliberale Parteienkartell einen Reformprozess ungeahnten Ausmaßes in Gang gesetzt hat, der bei Fortschreiten Deutschlands Zukunft langfristig gefährdet. Wie die folgende Abbildung zeigt, befindet sich Deutschland in nahezu allen wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen im EU-15-Vergleich auf letzten Plätzen. Lediglich beim Export und den Unternehmensgewinnen werden vordere Plätze belegt. Diese sind jedoch zulasten der abhängig Beschäftigten und derjenigen, die durch Arbeitslosigkeit aus dem Erwerbsleben herausgedrängt worden sind, teuer erkauft.

13407: Deutschland im Europatest der EU-15 (Deutschland rote Box)

Entwickl. Löhne/Gehälter	FI	S	GR	IR	GB	F	B	DK	E	L	I	NL	P	A	
Lohndiskriminierung der Frauen	B	P	IR	I	GR	F	E	L	S	DK	NL	A	FI	GB	
Entwickl. Nachfrage priv. Haushalte		IR	FI	E	DK	GB	L	S	F	B	P	A	I	NL	
Entwickl. Einzelhandelsumsatz	L	GR	IR	FI	S	E	DK	F	GB	B	P	A	NL	I	
Produktionsindex Baugewerbe		FI	A	I	E	IR	GB	S	F	DK	L	NL	GR		P
Export		L	A	IR	S	FI	NL	DK	P	E	GB	B	F	GR	I
Entwickl. Unternehmensgewinne	L	A		GB	B	S	NL	GR	FI	E	F	I	P	IR	DK
Langzeitarbeitslosigkeit	DK	S	NL	A	GB	IR	L	FI	E	F	I	B	P	GR	
Bildungsausgaben Grundschüler			S	DK	E	L	P	F	NL	FI	IR	A	I		GR
Schulversagen *)			FI	GR	E	S	P	A	I	L	IR	NL	DK	F	
Hochschulabschluss**)		S	IR	DK	NL	P	F	GB	I	E	L	GR	A	B	
Hochschulabschlußquote			FI	DK	NL	I	GB	IR	S	E	P	GR	A		
Rentenniveau***)	GR	NL	L	A	DK	E	I	P	FI	S	F	B		GB	IR
Kinder pro Frau	F	IR	S	FI	GB	DK	B	NL	L	A	GR	E	P		I
Anteil derer unter 30 Jahren	IR	F	GB	L	NL	DK	FI	S	B	P	E	A	GR		I
Kindergartenplatz	DK	S	FI	B	NL	F	GB	P	E	IR	L		GR	A	I
Entwickl. BIP	IR	GR	L	E	FI	S	GB	A	B	NL	DK	F		P	I

Quelle: Eurostat, OECD, *) Mathematik untere soz. Schicht, **) Wahrscheinlichkeit untere soz. zu hohe Schicht, ***) vergl. mit letztem Arbeitseink. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Eines der größten Probleme bildet dabei die Arbeitslosigkeit. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, fällt vom bisherigen Arbeitslosengeld I direkt in die Hartz-IV-Falle und steht vor einem biographischen Scherbenhaufen. Hartz-IV, eingeführt zum 01.01.2005, sorgte daher für eine ganze Reihe von Wahlniederlagen für die Sozialdemokratie. Die Einführung von Hartz-IV führte auch zu drastischen Mitgliederverlusten und Protesten in der Sozialdemokratie. DIE LINKE. tat gut daran, Hartz-IV zum Hauptthema im Bundestagswahlkampf 2005 zu machen und für diejenigen, die sich von der SPD verlassen fühlen, die Interessenvertretung fortan wahrzunehmen. Wir sollten uns darüber einig sein, dass wir Hartz-IV in Zukunft nicht nur kritisieren sollten, sondern, wenn wir uns im Parteiensystem fest verankern wollen, auch sehr konkrete Gedanken anstellen müssen, welches System in Zukunft an die Stelle von Hartz-IV treten soll. In dem Gesamtkomplex von Hartz-IV und der hohen Arbeitslosigkeit/Langzeitarbeitslosigkeit müssen wir meines Erachtens drei Fragen beantworten. Die erste Frage wird die sein, welche - und in welcher Höhe - sozialstaatlichen Leistungen wir denjenigen zukommen lassen, die durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit langfristig aus dem Erwerbsleben herausgedrängt worden sind? Die zweite Frage wird die sein, mit welchen Instrumenten wir die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen wollen? Die dritte Frage erschließt sich aus den ersten beiden. Wir müssen unmissverständlich darlegen, wie wir diese auf Nachhaltigkeit ausgelegten Modelle finanzieren wollen. Dies wird vor allen Dingen unsere neoliberalen Gegner auf den Plan rufen.

1. Welche – und in welcher Höhe – sind die sozialstaatlichen Leistungen, die man denjenigen zukommen lässt, die durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit langfristig aus dem Erwerbsleben herausgedrängt worden sind?

Unmittelbar vor dem Bundestagswahlkampf 2002 erklärte der damalige Kanzler Schröder, dass es mit ihm in Regierungsverantwortung eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau nicht geben werde. Diese Aussage hat wohl viele bewogen, noch einmal die Sozialdemokraten zu wählen. Pünktlich zum 01.01.2005 wurde der größte sozialpolitische Rückschritt aller westeuropäischen Staaten vollzogen. Durch Hartz-IV rutschten viele Menschen und deren Kinder unter die Armutsgrenze. Uns sollte klar sein, dass von dem ALG-II-Satz in Höhe von 347 € (ursprünglich 345 €) plus Übernahme der Mietkosten niemand existenzsichernd leben kann. Der ALG-II-Satz, der das Existenzminimum sichern soll, wurde jedoch nicht anhand aktueller Vergleichszahlen bemessen, sondern anhand der Vergleichszahlen aus dem Jahr 1997! Dabei werden einem ALG-II-Empfänger aus dem Eckregelsatz von 347 € 38 Prozent für Nahrung, Getränke und Tabak zugestanden. Das sind im Monat 131,86 € und pro Tag 4,40 €. Für Kinder werden für Nahrung und Getränke 2,57 € (Kinder bis 14) bzw. 3,42 € pro Tag (Kinder ab 14) zugestanden. Nach Untersuchungen des Forschungsinstitut für Kinderernährung in Dortmund können mit diesen Eckregelsätzen Kinder in einem ALG-II-Haushalt spätestens ab einem Alter von 4 Jahren ernährungsphysiologisch nicht mehr adäquat ernährt werden. Das Institut hebt weiter hervor, dass bei einem Jugendlichen (15 bis 18 Jahre) selbst die Eckregelsätze eines Erwachsenen nicht ausreichen würden, weil diese einen höheren Energie- und Ernährungsbedarf als Erwachsene haben. Damit sind chronische Schäden bereits in früher Kindheit vorgezeichnet und das neoliberale Parteienkartell beweint zeitgleich die zu niedrige Geburtenquote bzw. den daraus resultierenden Fachkräftemangel, durch den der Wirtschaft Milliarden an Verlusten entstehen.

Bei den Langzeitarbeitslosen gesellt sich neben der materiellen und kulturellen Ausgrenzung noch das Phänomen der frühzeitigen und häufigeren Erkrankungen. Statistisch ist abgesichert, dass Langzeitarbeitslose um ein bis zu zwanzig bis neunzig Prozent höheres Risiko haben, in vergleichsweise jungen Jahren zu sterben, körperliche Erkrankungen um etwa dreißig bis achtzig Prozent häufiger auftreten und sich das Maß psychischer Leiden ins Unermessliche potenziert. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen hat 2005 in einer Studie pro 100 Pflichtversicherter die Krankenhaustage wegen psychischer Erkrankungen untersucht und ist dabei zu einem erschreckenden Ergebnis gelangt: Während auf beschäftigte Männer pro Jahr 16 Krankenhaustage anfallen, waren es unter den arbeitslosen Männern 71. Bei den Frauen beträgt dieses Verhältnis 20 : 64.

Wir Linke, die 2005 in dem Bundestagswahlkampf angetreten sind, den Neoliberalismus zu bekämpfen und Alternativen für Menschen zu schaffen, sollten uns der oben beschriebenen Realitäten nicht verschließen und Modelle implementieren, die nachhaltig und human sind.

Die EU definiert Menschen als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent des statistisch errechneten Nettodurchschnittseinkommen in dem jeweiligen Nationalstaat erhalten. Danach leben ALG-II-Empfänger und deren Kinder weit unter der Armutsgrenze. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat daraufhin für ALG-II-Empfänger und deren Kinder die Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung vorgeschlagen. Danach erhält ein bisheriger ALG-II-Empfänger 1000 € (Berechnungsgrundlage: 60 Prozent von 1666,67 € Nettodurchschnittseinkommen Deutschlands 2008 = 1000 €). Kinder in einem ALG-II-Haushalt bis 14 Jahren erhalten nach diesem Modell 300 € (30 Prozent) und Kinder ab 14 Jahren 500 € (50 Prozent). Die Gewährung der bedarfsorientierten Grundsicherung ist zwar an die Bereitschaft gekoppelt, bei einem entsprechenden Angebot eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit

anzunehmen. Im Gegensatz zu der jetzigen Praxis sollten wir jedoch für einen Einkommens-, Qualifikations- und Mobilitätsschutz plädieren. D. h. niemand darf mehr dazu gezwungen werden, eine Hungerlohtätigkeit aufzunehmen, eine Tätigkeit aufzunehmen, die unter dem eigenen Qualifikationsprofil angesiedelt ist oder an einem weit entfernten Ort eine berufliche Tätigkeit anzunehmen, in deren Folge die Familie auseinandergerissen wird. Die Liquidierung des unbedingten Arbeitszwanges wird unweigerlich zu massiven Protesten der Neoliberalen führen. Wir Linke sollten dabei standhaft bleiben und ich denke, dass das dann auch politisch belohnt wird. Im Falle besonderer finanziellen Belastungen (z. B. höhere Mietkosten in einem Ballungsgebiet oder Geburt eines Kindes) sollen Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung sollen auch beim Partnereinkommen, eigenem Vermögen sowie Zuverdienstmöglichkeiten höhere Freibeträge eingeräumt werden. Dies gilt auch für Altersvorsorgerücklagen. Entsprechend der Inflationsrate muss die bedarfsorientierte Grundsicherung jedes Jahr dynamisiert werden!

Es gibt noch eine weitere gesellschaftliche Gruppe, die von der Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung profitieren würde: die Rentnerinnen und Rentner. Über 38 Prozent der Rentner und über 90 Prozent der Rentnerinnen beziehen eine Rente bis 900 €. Da die bedarfsorientierte Grundsicherung jedem Einwohner der BRD zusteht, werden auch die Bezüge der Kleinrentenbezieher auf das jeweilige Jahresniveau der bedarfsorientierten Grundsicherung aufzustocken sein. Weiter erhalten über 27 Prozent der Rentner und über 7 Prozent der Rentnerinnen eine Rente von 901 bis 1200 €. Auch hier gilt: Diejenigen Rentner und Rentnerinnen, die mit ihren Bezügen unter dem Niveau der bedarfsorientierten Grundsicherung liegen, haben einen Anspruch auf eine Aufstockung ihrer Altersbezüge.

Als Linke sollten wir dafür eintreten, dass Pensionen armutsresistent sind. Daneben werden wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Rentner und Rentnerinnen weisen eine hohe politische Mobilisierung auf und last but not least werden diese Maßnahmen positive Auswirkungen auf die schwächelnde Binnenkonjunktur haben.

2. Mit welchen Instrumenten können wir die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen?

Mit besonderem Stolz verweist die Bundesregierung darauf, dass die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Höchststand von 2005 um über 1,1 Millionen Personen, dies entspricht einem Minus von 2,9 Prozent, zurückgegangen sei. Diesen „Erfolg“ führt sie auf die Arbeitsmarktreformen, insbesondere Hartz-IV, zurück. In der Folgerichtigkeit dieser arbeitsmarktpolitischen Scheinerfolge zeigt sie sich entschlossen, den Druck auf die Arbeitslosen weiterhin beizubehalten. Für uns Linke ist dabei wichtig, die strukturellen Defizite des Arbeitsmarktes in der Öffentlichkeit mit aller Kritik offenzulegen. Wird die Arbeitsmarktpolitik unter objektiven Kriterien betrachtet, ist das Urteil erschreckend:

- Einer offiziell offenen sozialversicherungspflichtigen Stelle stehen 10 registrierte Arbeitslose gegenüber. 90 Prozent der Stellensuchenden haben keine Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Dadurch werden viele Erwerbslose dazu gezwungen, prekäre Arbeitsverhältnisse einzugehen;
- Auch wenn die Zahl der offiziell arbeitslos registrierten von 4,5 Millionen im Jahr 2006 (13 Prozent) auf 3,8 Millionen im Jahr 2007 (10 Prozent) gesunken ist, ist das kein Anlass, dies seitens der Bundesregierung als durchgreifenden Erfolg zu feiern. Die Arbeitslosenzahl liegt damit um ein Drittel höher als 1991, liegt dreimal höher als 1981 in Westdeutschland (1,3 Millionen) und 26 mal höher als 1971 (145.000);

- Im letzten Jahr des konjunkturellen Höhepunktes (2000) lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 28,2 Millionen Personen noch immer über eine Million höher als 2007 (26,9 Millionen Personen). Nach dem von der Bundesregierung verkündeten „Aufschwung“ liegt die Beschäftigungslücke immer noch bei 5,6 Millionen Personen. Dabei sind allerdings all diejenigen, die unfreiwillig in Teilzeitarbeit beschäftigt sind, nicht berücksichtigt. Dazu zählen über 70 Prozent der teilzeitbeschäftigten Männer und 30 Prozent (alte Bundesländer) bzw. 40 Prozent (neue Bundesländer) der teilzeitbeschäftigten Frauen;
- Dramatisch erhöht hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den offiziell registrierten Arbeitslosenzahlen. Lag ihr Anteil 1991 bei 17,4 Prozent, hat er sich bis 2002 auf 34 Prozent verdoppelt und lag 2007 bei 40 Prozent;
- Verschlechtert hat sich auch die Struktur der Beschäftigung. Lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 1996 bei 21,6 bzw. 2000 bei 27,2 Prozent, ist er mittlerweile auf 33,5 Prozent gestiegen. Die Zahl derjenigen, die unterbezahlt, ungeschützt oder ohne soziale Sicherung beschäftigt sind, stieg von 5,1 Millionen (2003) auf 5,9 Millionen im Jahr 2007. Hierbei handelt es sich eine Gruppe, die mehr als ein Fünftel der sozialversicherungsbeschäftigten ausmacht;
- Einen dramatischen Anstieg hat auch der Niedriglohnsektor zu verzeichnen. Er stieg von 15 Prozent (1995) auf mittlerweile über 22 Prozent. Das sind mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten. Im Niedriglohnbereich ist Deutschland im kontinentaleuropäischen Vergleich Spitzenreiter. 14 Prozent der Vollzeitbeschäftigten, 23,4 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und über 90 Prozent der Minijobber werden mit Niedriglöhnen bezahlt. Anzumerken ist auch, dass selbst Qualifikationen vor Niedriglöhnen nicht schützen. So hatten 2006 75 Prozent der Niedriglöhner eine Berufs- oder Hochschulausbildung.

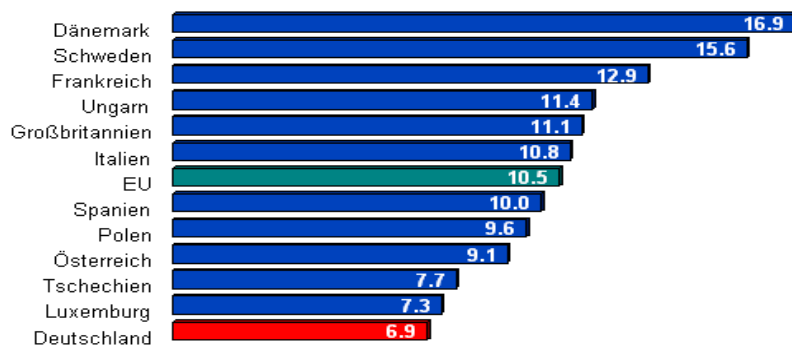
Durch den zunehmenden Anteil der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse gerät das gesamte Lohngefüge unter Druck und erodiert.

Aus linker Perspektive kann es nicht darum gehen, rein quantitativ mehr Beschäftigung zu schaffen. Klar ist, wir wollen mehr Beschäftigung. Aber diese Beschäftigung muss auch unter qualitativen Gesichtspunkten besser sein. Ein qualitativer Arbeitsplatz muss den Beschäftigten gesundheitlich schützen, er betrifft die Arbeitszeit, die Arbeitsverhältnisse sollten unbefristet und die Mitbestimmung muss paritätisch sein sowie die Möglichkeit bieten, sich weiter zu entwickeln und die vorhandenen Qualifikationen einzubringen. Auszuschließen sind Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Die Entlohnung muss eine selbständige Lebensführung gewährleisten, das Selbstbewusstsein der Menschen sowie demokratische Entscheidungsprozesse und Strukturen fördern. Erst ein mit qualitativen Merkmalen ausgestatteter Arbeitsplatz bietet die Gewährleistung für die erfolgreiche Bewältigung der anstehenden demographischen Herausforderungen.

Die Infrastruktur in der Bundesrepublik ist unterfinanziert! Eine moderne staatliche Infrastruktur ist die Summe aller langlebigen Grundeinrichtungen materieller und personeller Art, die das Funktionieren einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft garantiert. Die Gefahr der kontinuierlichen Unterfinanzierung ist vom neoliberalen Parteienkartell bisher nicht erkannt worden und hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf den Plan gerufen. Um die in Zukunft anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen, fordert sie die Ausweitung der staatlichen Investitionen. Dieses von ihr geforderte „öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramm“ erfordert im Laufe von drei Jahren ein Volumen von 75 Milliarden Euro. Die Schwerpunkte bilden dabei Investitionen in den ökologischen Umbau und ökologische Sanierung (30 Milliarden Euro), Mittel für die neuen Länder (15 Milliarden) sowie ein Bildungs- und Kulturförderungsprogramm in Höhe von 30 Milliarden Euro. In diesem Kontext

wird die Arbeitslosigkeit zum Teil über die Expansion des öffentlichen Dienstes reduziert. In der alten Bundesrepublik waren 1990 im öffentlichen Dienst mehr Menschen beschäftigt als heutzutage in dem vereinigten Deutschland. Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung haben in einer aktuell erschienenen Studie darauf hingewiesen, dass in der Zeit von 1991 bis 2006 durch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge (Energiesektor und Wasser, Telekommunikations-, Post-, Verkehrs- und Gesundheitssektor) und dem Personalabbau in den Behörden von Bund, Länder und Kommunen 2 161 800 Arbeitsplätze abgebaut worden sind! Diese Entwicklung ist beschäftigungspolitisch als äußerst kontraproduktiv zu bewerten und ist im internationalen Vergleich auch nicht zu rechtfertigen. Insgesamt sind in Deutschland die Ressourcenzuleitungen in den öffentlichen Dienst sehr spärlich

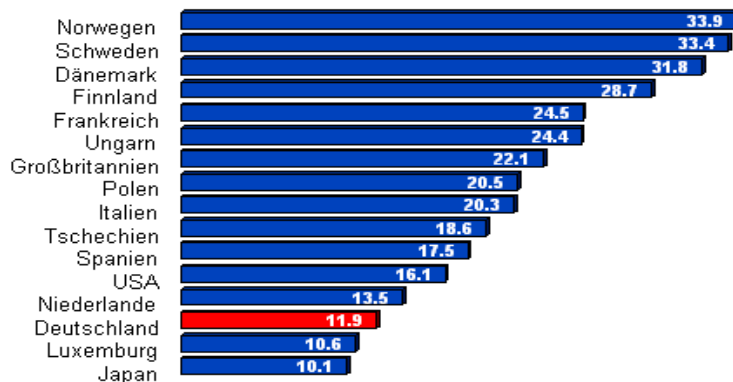
13368: Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2007 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EU Kommission. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

und infolgedessen ist aufgrund der „jämmerlichen“ Ressourcenzuleitung der Anteil der öffentlich Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten viel zu gering:

13382: Anteil öffentlich Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten in %



Quelle: OECD, Berechnungen des ifo-Instituts, vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 10. Januar 2008. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Im öffentlichen Dienst existieren also erhebliche Potentiale, mithilfe von Rekommunalisierung bzw. Verstaatlichung der öffentlichen Daseinsfürsorge, zusätzlicher Einstellungen in den Behörden von Bund, Ländern und Kommunen sowie zukunftsweisender Investitionen Arbeitslosigkeit massiv zu reduzieren und Beschäftigung zu fördern. Eine Linke, die die massive Ausweitung öffentlicher Beschäftigungsverhältnisse einfordert, handelt pragmatisch und im Einklang mit weiten Bevölkerungsgruppen.

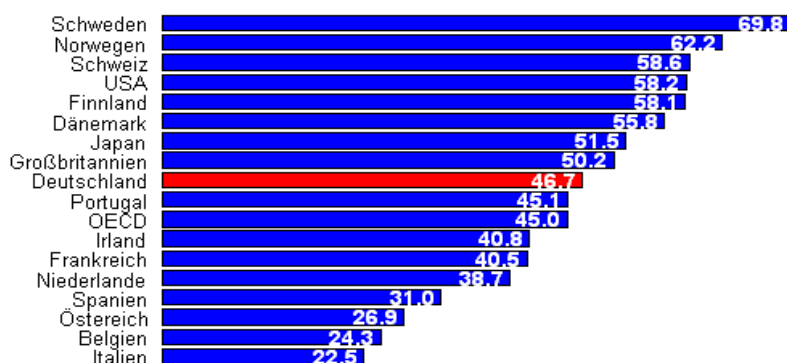
In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion erfordern dabei zwei besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Gruppen Aufmerksamkeit: es handelt sich hierbei um die Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz und die Altersgruppe der über 50-jährigen.

Zu der Ausbildungsplatzmisere sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einer Presseerklärung, dass auch dieses Jahr ein erheblicher Teil der Schulabgänger bei der Ausbildungsplatzsuche leer ausgehen wird. Die deutsche Wirtschaft stimme zwar gerade wieder einmal „das Klagelied des Fachkräftemangels an, verschwende aber offenbar keinen Gedanken daran, dass dieses Problem selbst verursacht ist. (...) Nur 23 Prozent der Betriebe, die ausbilden können, tun das wirklich“, kritisiert Sommer. In der Folge haben „wir eine Bugwelle von 300 000 so genannten Altbewerbern, die seit mindestens einem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen. Sie werden Altbewerber genannt – dabei hat ihr berufliches Leben gar nicht einmal angefangen“. Der DGB verkündet weiter, „dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2005 noch nie so niedrig war wie seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990“.

Als Linke sollten wir die Bundesregierung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1980 hinweisen, nach dem für ein „auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen 12,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze vorhanden sein müssen als Bewerberinnen und Bewerber“. Dieser Handlungsauftrag an den Gesetzgeber ist bis heute zum Nachteil hunderttausender Jugendlicher nicht umgesetzt worden. Wir sollten diesen Handlungsauftrag an den Gesetzgeber bekräftigen und bei erneutem Versagen der Wirtschaft die Ausbildungsabgabe einfördern.

Politik und Wirtschaft weisen immer wieder auf den jetzt sich schon bemerkbar machenden Fachkräftemangel hin. Durch fehlende Fachkräfte sind bereits jetzt Unternehmen dazu gezwungen, Aufträge abzulehnen. Diese Entwicklung mindert Wachstum und schädigt die Volkswirtschaft. Auf der anderen Seite sind über die Hälfte der 55- bis 64-jährigen Arbeitnehmer, also die Gruppe, die über enormes Fach- und Erfahrungswissen verfügt, aus dem Arbeitsmarkt heraus gedrängt worden. Das eine derartige Entwicklung im internationalen Vergleich nicht zwangsläufig sein muss, wird durch die folgende Abbildung dargestellt:

04020: Beschäftigten-Anteil der Altersgruppe 55-64 Jahre 2006 in %



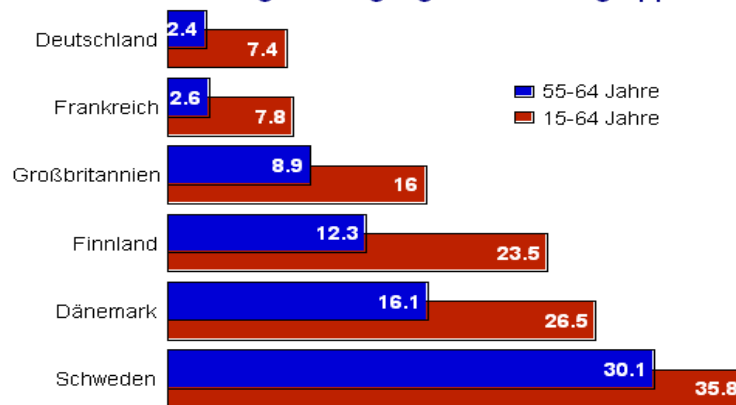
Quelle: Eurostat, OECD Employment Outlook 07. © Jahnke - <http://www.jahnke.net/>

Die Herausdrängung älterer Arbeitnehmer aus der Berufstätigkeit ist durch die Bundesagentur für Arbeit noch verstärkt worden. So wurde z. B. das größte Förderprogramm für die berufliche Weiterbildung Erwachsener von 7 Milliarden Euro (2001) auf 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2004 zurück gefahren. Die Zahl der Eintritte in berufliche Weiterbildungsmaßnahmen verringerte sich von 449 622 (2001) auf 185 041 (2004), was einem Rückgang von 59 Prozent

entspricht. Besonders drastisch waren dabei die Folgen für die über 45-jährigen Arbeitslosen, welche die größten Probleme haben, bis zum Renteneintritt beschäftigt zu bleiben. Wenn also Vertreter der Bundesregierung und Wirtschaft immer wieder die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens von der Jugendphase über die Erstausbildung betonen, sprechen die Budgetentscheidungen des Gesetzgebers eine andere Sprache.

Dass auch diese Weiterbildungseinschränkungen wiederum nicht zwangsläufig sind, zeigt der Blick ins europäische Ausland. Dabei wird in der folgenden Abbildung deutlich, wie skandalös in Deutschland die über 55-jährigen behandelt werden und welches vorbildhafte Verhalten sie in den skandinavischen Staaten erfahren:

12187: Weiterbildungsbeteiligung nach Altersgruppen in %



Quelle: IABKurzbericht Nr. 16/2005. © Jahnke - <http://www.jahnke.net/>

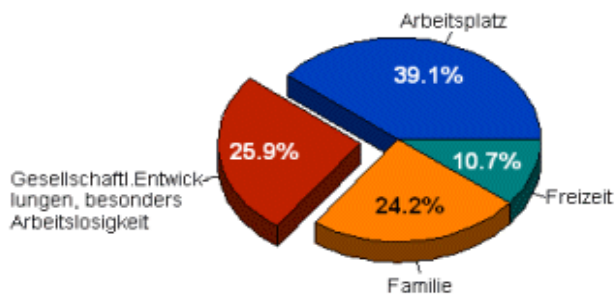
Auch hier sind erhebliche Impulse für mehr Beschäftigung zu mobilisieren und es ist an der Zeit, dass sie von einer selbstbewussten Linken auch eingefordert werden.

All diese Maßnahmen, die bis hierher diskutiert worden sind (öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramm in Höhe von 75 Milliarden Euro, personelle Ausweitung des öffentlichen Dienstes, flächendeckendes Angebot für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche, Erhöhung der Weiterbildungsmöglichkeiten für über 50-jährige Arbeitnehmer), reduzieren zwar die Arbeitslosigkeit, werden diese aber nicht beseitigen. Der Weg zur Vollbeschäftigung wird nur über die Verkürzung der Arbeitszeit zu realisieren sein.

In dem Zeitraum zwischen 1991 und 2006 wuchs die deutsche Wirtschaft um etwa 24 Prozent, während die Produktivität pro Erwerbstätigen um 32 Prozent stieg. In diesem Kontext ist das Arbeitsvolumen um acht Prozent reduziert worden. Aus ökonomischen und sozialen Gründen wäre es vernünftig gewesen, den daraus resultierenden Rückgang von über vier Milliarden Arbeitsstunden über eine Verringerung der individuellen Arbeitszeit zu organisieren. Da ein Vorstoß der maßgeblichen Akteure zur Verringerung der Arbeitszeit nicht stattfand, stieg die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit drastisch und mit ihr auch die unfreiwillig ausgeübte Teilzeitarbeit.

In der Nichtrealisierung der Arbeitszeitverkürzung liegt aber noch eine andere Gefahr für die Beschäftigten. Durch Stressoren wie steigende Arbeitsverdichtung, ständiger Zeitdruck und Überforderung ist der Arbeitsplatz zur größten Quelle psychischer Fehlbelastungen geworden, wie die folgende Abbildung verdeutlicht:

04150: Quellen psychischer Fehlbelastungen (Antworthäufigkeit in %)



Quelle: IGA-Report 5. Ausmaß, Stellenwert und betriebliche Relevanz psychischer Belastungen bei der Arbeit 2004. © Joachim Jahnke - <http://www.jahnke.net/>

Der Zusammenhang zwischen den Belastungen am Arbeitsplatz und der daraus resultierenden psychischen Belastungen ist im wesentlichen verantwortlich auch für die drastische Zunahme der Herzerkrankungen. Aus einer neueren Studie der Universität Dresden und des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München ist die Zahl der Herzpatienten in dem Zeitraum zwischen 2003 und 2007 drastisch angestiegen. Nach dieser Studie leiden gegenwärtig 25,6 Prozent der Männer über 40 Jahre an einer Herzkrankheit. Bei den Frauen über 40 Jahre stieg die Rate von 8,9 auf 13,1 Prozent. Bei den höheren Altersgruppen fiel der Anstieg besonders stark aus. Bei den Männern zwischen 60 und 64 Jahren litten 2007 27 Prozent an einer Herzkrankheit und in der Altersgruppe von 65 bis 69 Jahren mit 36 Prozent sogar mehr als jeder Dritte.

Vor diesem Hintergrund ist auch die sachliche Begründung für „Rente mit 67“ der Bundesregierung, weil im Vergleich zu früheren Generationen die Menschen aufgrund der besseren Gesundheit heute leben länger und deshalb leistungsfähiger seien, ein Hohn auf reale Lage und die Interessen der Massen der abhängig Beschäftigten.

Deshalb brauchen wir die Arbeitszeitverkürzung aus zweierlei Gründen: einerseits um die Vollbeschäftigung zu erreichen und andererseits um die Beschäftigten gesundheitlich zu schützen.

Ein Beispiel aus dem 1960-er Jahren beweist, wie durch Arbeitszeitverkürzung Vollbeschäftigung aufrecht erhalten werden kann. In den 60-er Jahren lag die durchschnittliche Produktivität pro Beschäftigten bei 5,2 Prozent und somit deutlich über den jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten mit 4,4 Prozent. Dass es trotz rückläufigen Arbeitsvolumens in Höhe von -0,8 Prozent ($5,2\% \text{ Produktivität} - 4,4\% \text{ Wachstum} = -0,8\% \text{ Verlust Arbeitsvolumen}$) bei der Vollbeschäftigung blieb, wurde erst durch die Arbeitszeitverkürzung von einer 48- auf eine 40-Stunde-Woche ermöglicht. Arbeitszeitverkürzung ist also ein notwendiges Instrument zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und Vermeidung der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Belastungen durch Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat in einem Szenario berechnet, dass unter der Beteiligung aller Erwerbsfähigen das heutige Bruttoinlandsprodukt in 28 Stunden Wochenarbeitszeit hergestellt werden kann. Wenn es sich hierbei auch nur um eine rechnerische Größe handelt, zeigt sie doch, dass Vollbeschäftigung über den Weg der Arbeitszeitverkürzung realisiert werden kann.

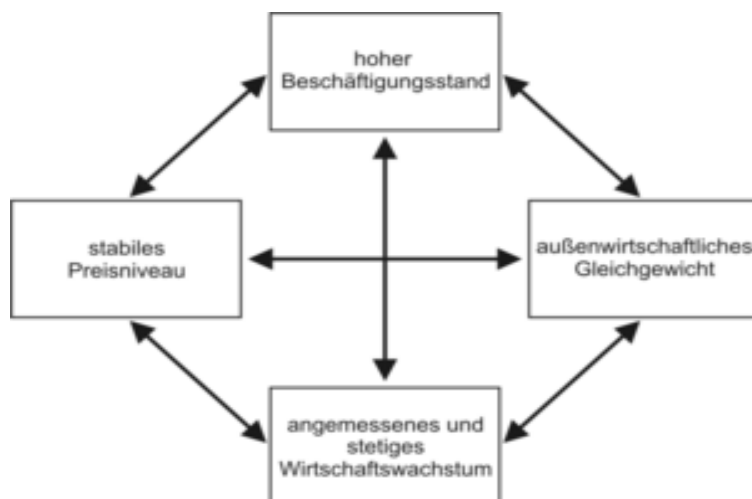
Schon die SPD votierte in ihrem Leipziger Programm 1998 für die 30-Stunden-Woche in fünf Arbeitstagen. Sie begründete dies, unterzeichnet von ihrem damaligen Vorsitzenden Oskar Lafontaine, damit, dass nur vor diesem Hintergrund Erwerbs- mit Familienarbeit bzw. ehren-

amtlicher Tätigkeit überhaupt vereinbar sei. An diesem Faktum hat sich bis heute nichts geändert. Arbeitszeitverkürzung schafft aber auch die Möglichkeit, fremdbestimmte Zeit im kapitalistischen Produktionsprozess in mehr Anteile an Muße und Freiheit selbstbestimmter Zeit zu verwandeln.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass es in Zeiten des Arbeitskräfteüberschusses für Gewerkschaften sehr schwer ist, die Interessen der abhängig Beschäftigten gegenüber den mächtigen Unternehmerinteressen durchzusetzen. Erst die über die Arbeitszeitverkürzung realisierte Vollbeschäftigung versetzt die Gewerkschaften in die Lage, gegenüber den Arbeitgebern als „gleichberechtigter“ Verhandlungspartner aufzutreten. Diesen Zusammenhang sollten wir mit den Gewerkschaften in der Zukunft in die Öffentlichkeit transferieren.

Arbeitszeitverkürzung soll bei vollem Lohnausgleich stattfinden. Dies setzt die Beschäftigten nicht nur in die Lage, ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten, sondern ist auch gesamtwirtschaftlich vernünftig, indem die in den letzten Jahren so schwächelnde Binnenkonjunktur belebende Impulse erhält.

Wir sollten die Bundesregierung und die Regierungen in den einzelnen Länderparlamenten auch daran erinnern, dass sie für die makroökonomischen Maßnahmen verantwortlich sind, die darauf abzielen, einen möglichst hohen Stand der Beschäftigung zu erzielen. In der Wirtschaftskrise von 1966/67 sollte die Form aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik zur Verhinderung makroökonomischer Fehlentwicklungen, dazu zählt auch die Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit, mit der Einführung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967 umgesetzt werden. In der Wirtschaftspolitik wird das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz auch als „Magisches Viereck“ (siehe Abbildung) bezeichnet,



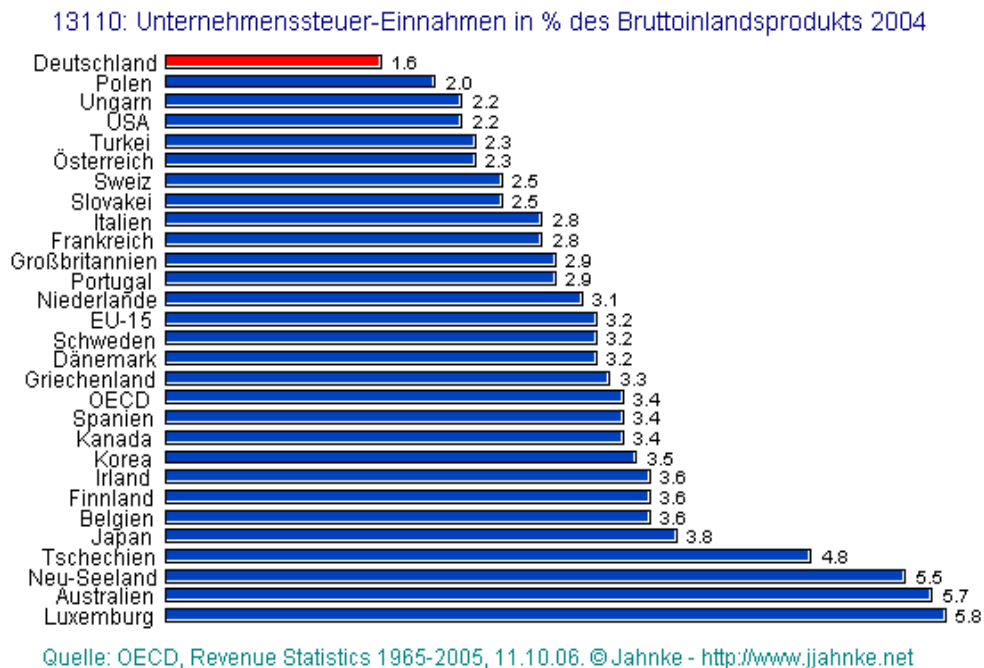
dass unter Artikel 109 (2) in das Grundgesetz Einlass gefunden hat: „Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen“. Sie bilden zusammen das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Im Interesse der Neoliberalen wird jedoch lediglich auf ein stabiles Preisniveau geachtet. Die aktuellen Vertreter in der Bundesregierung und den Länderregierungen scheinen lange keinen Blick mehr in das Grundgesetz geworfen zu haben. In diesem stehen sehr sinnvolle Dinge und wir sollten sie auffordern, den Paradigmenwechsel von einer gescheiterten verbetriebswirtschaftlichen Wirtschaftspolitik zu einer makroökonomischen Globalsteuerung zu vollziehen.

Dazu brauchen wir allerdings auch einen Paradigemenwechsel in der Steuerpolitik. Einen Staat, der es zulässt, dass sich die Vermögenden aus der Steuerpolitik zurückziehen, lehnen wir ab. Die Höhe der steuerlichen Belastung muss sich an der Leistungsfähigkeit orientieren. Das ist das Prinzip einer jeden Solidargemeinschaft.

3. Wie finanzieren wir unsere auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Vorhaben?

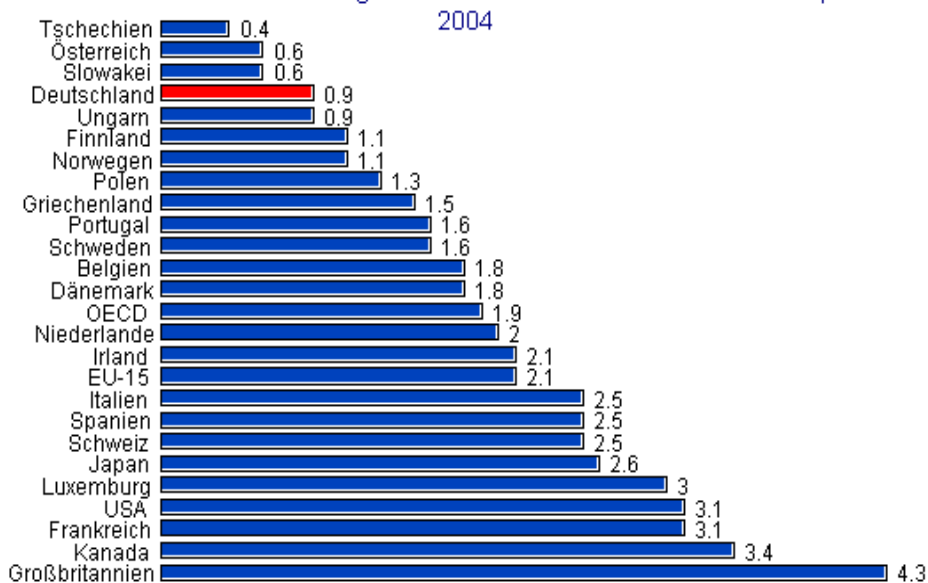
Hannelore Kraft, die Oppositionsführerin der nordrhein-westfälischen SPD, eine ausgebildete Wirtschaftswissenschaftlerin, bezeichnet die Forderungen der Linkspartei gerne als populistische Rhetorik, da dies ja alles nicht finanzierbar sei. Bei Wahrung des objektiven Blickes ist jedoch der Ball an die Sozialdemokratin zurückzugeben. Betrachten wir einmal ganz nüchtern die Entwicklung der Unternehmenssteuern (Kapital- und Personengesellschaften): Zu Beginn der Ära Kohl 1983 hatten die Unternehmenssteuern einen Anteil von 14,3 Prozent am Gesamtsteueraufkommen, am Ende der Ära Kohl waren es dann noch 6,7 Prozent, rot-grün hat dann innerhalb von drei Jahren mit 1,8 Prozent einen historischen Tiefststand herbeigeführt, der 2003 mit 3,2 Prozent nur geringfügig nach oben korrigiert wurde. Auch in diesem Bereich ist ein internationaler Blick sehr aufschlussreich, wie die folgende Abbildung zeigt:



Beim Blick auf die harten Fakten ist mit Bedauern festzustellen, dass Deutschland eine noch geringere Unternehmenssteuerquote als osteuropäische EU-Länder aufweist. Selbstverständlich sind die Vertreter der Unternehmenslobby auch mit dieser Entwicklung nicht zufrieden, sie klagen den „Phantomschmerz“ und fordern weitere Steuersenkungen.

Ein ähnlicher Blick ergibt sich, wenn die Staatseinkünfte aus der Vermögens- und Erbschaftsteuer im internationalen Vergleich betrachtet werden, wie die folgende Abbildung zeigt:

12244: Einnahmen aus Vermögens- u. Erbschaftssteuer % Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2005, 11.10.06. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Die von der Schröder-Regierung so oft angepriesene Jahrhundertreform der Unternehmenssteuern 2000 hat allein in den Jahren 2001 und 2002 zu 78 Milliarden Euro an Steuerausfällen geführt, die nur über Einsparungen in Zukunftsinvestitionen oder anderweitiger Staatstätigkeit kompensiert werden konnten. Mit diesem Steuergeschenk von 78 Milliarden Euro an die Unternehmen wäre das Zukunftsinvestitionsprogramm der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Höhe von 75 Milliarden Euro verteilt über drei Jahre locker zu finanzieren gewesen.

Bei der Unternehmens- sowie Vermögens- und Erbschaftssteuer sind erhebliche Spielräume vorhanden, die Einkünfte zu erhöhen, damit volkswirtschaftlich dringend notwendige Investitionsvorhaben durchgeführt werden können.

Weitere Potentiale der Erhöhung der Staatseinkünfte sind in folgenden Bereichen möglich:

- durch Betrugsdelikte entgehen dem Fiskus im Bereich der Umsatzsteuer jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge;
- die deutsche Steuergewerkschaft geht davon aus, dass die jährlichen Steuerausfälle auf mindestens 70 Milliarden Euro zu beziffern sind. Durch das von der Bundesregierung beschlossene Amnestiegesetz („Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“) werden Steuerkriminelle belohnt und durch den Personalabbau in den Finanzämtern werden weitere kontraproduktive Anreize zur Steuerhinterziehung unterbreitet;
- Steuerbetrug führt zur gesellschaftlichen Desintegration und Destabilisierung des politischen Systems und ist nicht länger hinnehmbar. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auf der EU-Ebene Gesetze zu verlangen, die der Steuerflucht einen Riegel vorschieben.

Bei Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssen adäquat wirkende rechtliche Schritte in der Zukunft eingeleitet werden. In besonders schweren Fällen sollen die Gerichte in Zukunft die Möglichkeit erhalten, den Betroffenen die Staatsangehörigkeit zu entziehen;

- Wenn man bedenkt, dass auf existenzielle Bedürfnisse wie Brot und Milch ein wenn auch ermäßigter Mehrwertsteuerbetrag erhoben wird, ist es eine tiefe steuerliche und soziale Ungerechtigkeit, wenn Umsätze an den Börsen steuerrechtlich nicht erfasst werden. Hier ist die Einführung der Kapitalverkehrssteuern wie die Börsenumsatz-

steuer (national) und Devisentransaktionssteuer (international) einzufordern. Die 1991 in Deutschland abgeschaffte Börsenumsatzsteuer würde bei einem Steuersatz von 1 Prozent etwa 9 bis 10 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bringen;

- Wiederanzuheben ist auch der Spitzensteuersatz für Einkommen auf 48 Prozent zzgl. Solidaritätszuschlag und last but not least
- sind die Gemeindefinanzen zu stärken, damit die in den letzten Jahren arg gebeutelten Gemeinden wieder zukunftsfähig werden und die dafür notwendigen Investitionen vornehmen können. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat anstelle der Gewerbesteuer eine kommunale Wertschöpfungssteuer vorgeschlagen. Gewinnunabhängige Größen wie Zinsen, Mieten oder Pachten wären dann steuerpflichtig. Der Vorteil bei diesem Systemwechsel liegt darin, dass die Kommunen dann nicht mehr von wenigen gewinnstarken Unternehmen abhängig sind und ihre Einkünfte konjunkturunabhängiger wären. Im Gegenzug können die bisherigen Steuersätze ermäßigt werden, weil alle unternehmerisch Tätigen zur Steuerpflicht herangezogen werden.

In einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Dezember 2007 bezeichneten nur noch 5 Prozent der Befragten Deutschland als das entwickelte Industrieland, das ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entspricht. Eine deutliche Mehrheit votierte für die skandinavischen Staaten mit ihren geringen Armutsquoten, niedrigerer Arbeitslosigkeit, der größeren Bildungschancen unabhängig der sozialen Herkunft. Die Wirtschafts- und Sozialmodelle der angelsächsischen Staaten wurden dagegen abgelehnt. Obwohl die Vorzüge in den skandinavischen Staaten mit einer höheren Besteuerung auf Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne verbunden sind, neigen Menschen mit hohem Einkommen aus dem oberen Viertel der Gesellschaft mit über 60 Prozent zum skandinavischen Modell. Bemerkenswert dabei ist, dass eine derartige Studie von den neoliberalen Bertelsmännern kommt.

Die Diskussion hat gezeigt, dass alternative Konzepte zur Überwindung von Hart-IV oder der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit finanzierbar sind. Wenn die Mehrheit des neoliberalen Parteienkartells Alternativvorschläge der Linken als populistisch und als nicht finanzierbar desavouieren, dann deshalb, weil sie mit ihrer Politik die alleinige Verantwortung für den Scherbenhaufen tragen, den wir zur Zeit vorfinden. Eine Linke, die sich im parlamentarischen System fest verankern will, tut gut daran, alternative und zukunftsweisende Entwicklungswege offensiv und mit Vehemenz einzufordern. Die Mehrheit der Bevölkerung, und das wird durch die Studie der Bertelsmann Stiftung verdeutlicht, wird mit derartigen Forderungen sympathisieren.

Lothar Zedler
Kreisverband DIE LINKE. Paderborn